

Ihre Name
Ihre Straße
Ihre PLZ & Stadt

An die Rundfunkanstalt (Bundesland)

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gesetzlicher Vertreter

Intendant Name (Bundesland)

Straße

PLZ Stadt

11.03.22 14:06:00

Betreff: Widerspruchsbegründung gegen den Festsetzungsbescheid vom XX.YY.2022, postalisch eingegangen am XX.YY.2022, für das von Ihnen bezeichnete Beitragskonto Nr. xxx

Beschwerde wegen Desinformation und grundgesetzwidriger Arbeitsweise

Sehr geehrte Herr/Frau Intendant(in),

der öffentliche Rundfunk versäumt es seit Jahrzehnten die **drei wichtigen Säulen** seiner gesetzlichen Verpflichtung wahrzunehmen: Pluralismus, Ausgewogenheit, Staatsferne.

Hiermit erhebe ich Beschwerde gegen die desinformative Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland wegen ihres kompletten Versagens bei der Kontrolle der staatlichen Gewalt, wegen fehlender wahrhaftiger wie unvollständiger Unterrichtung der Öffentlichkeit, und wegen massiv zerstörerisch wirkender Tendenzen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung untergraben, sowie wegen praktizierter Zensur.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten unterliegen der verfassungsmäßigen Ordnung. Sie gehören der Allgemeinheit. Durch die Gebühren ist ihre Staatsfreiheit gewährleistet. Deshalb können sie in voller Unabhängigkeit überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden. Ihre grundgesetzmäßige Aufgabe ist es somit, die Bevölkerung umfassend und wahrheitsgemäß zu informieren. Deshalb verlange ich von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, sich von der staatlichen Gewalt unverzüglich zu distanzieren, sie vielmehr zu kontrollieren, jegliche Hetze und das Schüren von Hass einzustellen und ab sofort als Teil der Daseinsvorsorge ihre grundgesetzmäßigen Pflichten gegenüber der Gesellschaft mit einer neutralen, sachlichen und vollständigen Berichterstattung zu allen relevanten Themen für die Gesellschaft ohne Tabuisierung zu erfüllen.

Es gibt mehrere wichtige Themen, die von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten willkürlich tabuisiert oder kaum behandelt werden, obwohl sie für die Gesellschaft existentielle Bedeutung haben: Als Beispiele genannt seien hier die Folgen der Freihandelsabkommen (CETA, JEFTA, EUSFTA etc.), Privatisierungen der Daseinsvorsorge, totale Kommerzialisierung der Natur und aller natürlichen Vorgänge durch die Gründung der neuen Anlageklasse Natural Asset Company (NAC), die fortschreitende Zerstörung des Mittelstandes, die Kollateralschäden der Pandemie, die permanente Verletzung der Rechte von 13 Millionen Kindern und Jugendlichen seit März 2020 etc.. Mit ihrer des-informativen Berichterstattung wirken die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten an der Be-

seitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung mit. Freie Meinungsäußerung wird für kritische Journalisten unterbunden und es findet nachweislich eine Zensur statt, die nach Art. 5 GG grundsätzlich verfassungswidrig ist. Mit ihrer Art der Berichterstattung verletzen die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten die grundgesetzliche Ordnung und das geltende Völkerrecht. Sie fügen damit der Gesellschaft enorme Schäden zu und gefährden sowohl den sozialen, als auch den äußeren Frieden.

Als Teil des Souveräns und Geldgeber der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten bin ich nicht bereit, dafür zu zahlen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien als Hofberichterstatter einer Politik fungieren, die ständig Gesetze bricht. Demokratie verlangt Rechtstreue.

Zur Wiederaufnahme unserer Zahlung der Rundfunkgebühr fordern wir einen runden Tisch, an dem die Verantwortlichen der Rundfunkanstalten die dringend nötige Reform vertraglich und gesetzlich festschreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Name